



Antrag

der Fraktion der SPD

Verbraucherinnen und Verbraucher im Diesel-Skandal schützen: Einführung der Musterfeststellungsklage

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die Verbraucherinnen und Verbraucher im Diesel-Skandal nicht die Kosten tragen.
- die Produktion emissionsfreier Autos schnell realisiert wird, damit die in der Automobilwirtschaft Beschäftigten keine Sorge um ihren Arbeitsplatz haben müssen und Deutschland weiterhin Automobilland Nummer eins bleibt.
- die Kommunen bei der Einhaltung von Emissionswerten unterstützt werden.

Das Ergebnis des „Diesel-Gipfels“ zwischen der Bundesregierung und Vertretern der Automobilindustrie hat gezeigt, dass insbesondere bei Vorstandsvorsitzenden betroffener Unternehmen weder Einsicht noch Unrechtsbewusstsein vorhanden ist, so dass die Interessen der getäuschten Dieselfahrerinnen und -fahrer erheblich gefährdet sind. Die Softwaremanipulationen bei Dieselmotoren zeigen die Dringlichkeit, Verbraucherinnen und Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte gegenüber Konzernen einzufordern.

– Um die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken, ist die Einführung einer Musterfeststellungsklage, wie von Bundesjustizminister Heiko Maas 2016 vorgelegt, unerlässlich. Durch die Unterstützung geeigneter Institute kollektiven Rechtsschutzes gibt die Musterfeststellungsklage großen Gruppen von geschädigten Verbraucherinnen und Verbrauchern bessere Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber Unternehmen. Dadurch würde auch eine Überlastung der Justiz durch Massenverfahren vermieden. Ende 2017 läuft für die ersten Geschädigten des Abgasskandals die Verjährungsfrist aus.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene entschieden für eine Einführung der Musterfeststellungsklage einzusetzen.

Kai Vogel
und Fraktion